

Resolution 2017 Für eine humane und solidarische Gesellschaft

In großer Besorgnis

Einleitung

Wir, die Generation derer, die über 60 Jahre sind, fühlen die Verpflichtung, uns aus Besorgnis über Entwicklungen in unserem Land und anderen Ländern der Welt zu Wort zu melden.

Unser 2016 im Alter von 96 Jahren verstorbener Genosse und KZ-Überlebender Max Mannheimer sprach viel mit jungen Leuten, um sie für die Demokratie zu gewinnen und ihnen Schuldgefühle zu nehmen. Er sagte:

„Für das, was in der Vergangenheit geschehen sei, könne man sie nicht verantwortlich machen. Für das, was in Zukunft geschieht, hingegen schon.“

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wie Toni Pfülf oder Wilhelm Hoegner und viele andere haben das Unrecht vor 1933 und danach bekämpft. Sie haben damals erfolglos versucht es zu verhindern und erlitten vielfach, wenn sie nicht ins Exil gingen, Entlassung, Verfolgung, Haft und Tod.

Unsere Generation hat teilweise noch Krieg, Terror, Flucht und Verfolgung erlebt. Alle kennen wir wenigstens die Erzählungen unserer Eltern über Unrecht, Not und Leid.

In der DDR mussten die Menschen bis 1989 in einem Unrechtsregime ohne freie Wahlen leben.

Unsere Aufgabe ist es heute, unsere Demokratie - die beste, die wir je hatten - zu bewahren und weiter zu entwickeln. Wir können nicht tatenlos zusehen, wenn Menschenrechte verletzt und Freiheiten eingeschränkt werden.

Wir dürfen wir aber auch nicht wort- und tatenlos zusehen, wenn in anderen Staaten Europas oder dem Rest der Welt Unrecht geschieht und Minderheiten verfolgt werden. Dazu verpflichtet uns besonders auch unsere Geschichte.

Vor 25 Jahren, im Dezember 1991, organisierten sich engagierte Menschen in „Lichterketten“. und zeigten, dass die schweigende Mehrheit Gewalttaten verurteilt. Das politische Klima verbesserte sich und Angriffe auf Asylbewerber wurden gestoppt.

In voller Übereinstimmung mit dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland enthält das Grundsatzprogramm der SPD von 2007 der zentralen Satz:

„Die gleiche Würde aller Menschen ist Ausgangspunkt und Ziel unserer Politik.“

Nun sind in vielen Ländern der Welt Populisten, Kriegstreiber und Demokratiefeinde auf dem Vormarsch. Auch in Deutschland breitet sich wieder Fremdenfeindlichkeit, Gewalt und Angst aus.

Es ist an der Zeit, diesem gefährlichen Treiben Einhalt zu gebieten und durch positive Signale den Menschen Hoffnung zu geben, die verunsichert sind.

Im Wahljahr 2017 muss die SPD mit ihrer Programmatik unmissverständlich klar machen, wo sie steht, für wen sie eintritt und wie ihre Vorstellung für die Zukunft aussieht. Sie muss die Menschen wieder für gemeinsame Ziele gewinnen.

Resolution

an die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten mit der Aufforderung auf allen politischen Ebenen folgende Ziele umzusetzen

Natürliche Lebensgrundlagen sichern

Maßnahmen, mit denen Menschen seit Jahrhunderten zunehmend die Natur zerstören, muss endlich Einhalt geboten werden, damit auch unsere Enkel noch gesund leben können.

Soziale Ungleichheit mindern, Armut bekämpfen

Die Steuergesetze müssen gerechter gestaltet werden - national und international. Mindestlohn, Grundsicherung, Regelsätze und Kindergeld sind so gestalten, dass sie ein auskömmliches Leben ermöglichen.

Finanzielle Sicherheit für ein würdiges Leben im Alter

Das Rentenniveau muss mindestens 50% betragen.

Bezahlbaren Wohnraum gewährleisten

Wohnen ist Grundrecht. Es sind alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um einen weiteren Anstieg von Mieten und Wohnungskosten zu verhindern.

Gesundheit und humane Pflege verbessern

Die Zuzahlungen von Patienten im Gesundheitswesen dürfen nicht weiter steigen, damit das Risiko früher zu sterben nicht noch mehr vom Einkommen abhängt. Krankenhäuser und Kassenarztpraxen, die für die Gesundheitsversorgung nötig sind, dürfen nicht weiter abgebaut werden.

Die Bedingungen der Pflege müssen weiter verbessert werden.

Chancengerechtigkeit anstreben

Gute Bildung ist Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben und Rüstzeug gegen Radikalismus. Die Chancen auf Bildung für alle Menschen müssen verbessert werden. Bildung muss von der Krippe bis zur Universität mit gutem Niveau kostenlos angeboten werden.

Kriminalität zurückdrängen

Die Kriminalität ist in den letzten Jahren insgesamt gesunken. Doch ist sie in einzelnen Bereichen (Ausländerfeindlichkeit, Internet, Einbrüche) angestiegen. Es müssen Maßnahmen ergriffen werden, um das Leben sicherer zu machen.

Rechtsradikalismus, Menschenfeindlichkeit und Terrorismus bekämpfen

Die zunehmende Gewalt von radikalen Gruppen, seien es Neonazis, Islamisten oder Autonome muss stärker und wirkungsvoller bekämpft werden.

Alle Möglichkeiten der Bildung, Information und menschliche Begegnung müssen genutzt werden, um besonders junge Menschen für humane Ideale zu gewinnen.

Europa als Werte- und Friedensgemeinschaft stärken

Die EU ist der Garant, dass wenigstens die Mitgliedsstaaten untereinander keine Kriege führen. Die Instrumente gegen Mitgliedsstaaten, die demokratische Rechte einschränken oder sich unsolidarisch verhalten, müssen verbessert werden.

Fehlverhalten muss Konsequenzen haben.

Gleichzeitig ist Solidarität und Unterstützung mit den Ländern geboten, in denen viele Menschen unter Arbeitslosigkeit und Armut leiden.

Solidarität in der Welt verstärken

Die Menschen in vielen Ländern der Erde werden durch Kriege, Verfolgung, Ausbeutung, Korruption, Hunger und Not bedroht. Auch die Solidarität der Weltgemeinschaft muss verstärkt werden. Wie der Flüchtlingsstrom zeigt, ist dies auch im Interesse von Europa.

Kriegsgefahr bannen

Der Frieden in der Welt wird nicht durch Erhöhung von Rüstungsausgaben sicherer. Auch Fluchtbewegungen lassen sich dadurch nicht eindämmen. Die weltweite Abrüstung muss daher Ziel sein!